

ter von Bosch, Degussa, AEG und Hoechst – äußerten sich kritisch zu dem Kodex. Mercedes und BMW blieben bei ihrem positiven Bescheid.

Als Wortführer der Gegner trat der Siemens-Vertreter auf. Der Chef des Elektromultis in Südafrika, Reinhard Sanne, war als einziger von vornherein auf Distanz gegangen. Siemens liefert dem Apartheid-Regime Elektronikmaterial fürs Militär, für die Polizei und für die Geheimdienste. Mit solchen Kunden muß man pfleglich umgehen.

„Im Grundsatz gibt es keine Schwierigkeiten“, lautete die Sanne-Argumentation, „der Teufel steckt im Detail.“

Anstoß nehmen Kritiker wie Sanne vor allem an Steinkühler-Forderungen, die aus Sicht der weißen Regenten als eine Art politische Demonstration erscheinen. Dazu zählt das Gebot, Streitigkeiten vor Schiedsgerichten auszutragen; dies wird, zu Recht, als Ausdruck des Mißtrauens gegenüber den südafrikanischen Gerichten angesehen.

Zum gleichen Thema trafen sich unterdessen in der Bundesrepublik Vertreter der deutschen Unternehmenslobby. Martin Bangemann, der scheidende Wirtschaftsminister, hatte um eine „Stellungnahme“ gebeten, „wie Sie zu dem Gedanken stehen, den EG-Kodex zu erweitern“. Wie die Statthalter in Johannesburg gingen die Unternehmensvertreter bei der Zusammenkunft in Köln, beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), in Abwehrposition.

Eine Ausweitung des EG-Kodex, der seit 1977 gilt, betrachten die Spitzenverbände, so BDI-Geschäftsführer Kurt Steves, als „paternalistische Bevormundung“. Absprachen sollten allein den Partnern vor Ort in Südafrika überlassen werden, und da, so Steves vieldeutig, „besteht subtiler Klärungsbedarf“.

In einem Brief an Bangemann akzeptierte der BDI die Standards lediglich als „Ausgangsbasis für Gespräche“. „Als Vertrag für das praktische Verhalten der Unternehmen in Südafrika“ sei der Katalog hingegen „nicht geeignet“.

Außerdem müßten dann nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten der schwarzen Gewerkschaften vereinbart werden. Die Standards, heißt es vorwurfsvoll, seien „am Modell des deutschen Betriebsverfassungsrechts und des Betriebsrats“ orientiert; das aber sei auf Südafrika nicht übertragbar.

In einem Brief an Steinkühler wurde Gesamtmetall-Chef Werner Stumpfe, genauer: Bessere Arbeitsbeziehungen seien „nur in Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern möglich“.

Eine weltfremde Forderung. Die jungen Gewerkschaften, deren Führer und auch Mitglieder Verfolgungen des Regimes ausgesetzt sind, können schwerlich mit den Maßstäben deutscher Disziplin gemessen werden.

Auch Steinkühler hatte Schwierigkeiten, sich mit seinen verschiedenen schwarzen Partnern auf einen gemeinsamen Kodex zu einigen. Deren Forderungen gingen über die Mindeststandards des Deutschen hinaus. Und nach wie vor fordern die Schwarzen den Ab-

sollten zwar üblicherweise vor den Toren stehen. Wenn jedoch staatliche Eingriffe drohen, „kann diese Frage neu aufgenommen werden“. Voraussetzung sei friedliches Verhalten.

Und obwohl die südafrikanische Mercedes-Tochter keinen Grund zum generellen Ausschluss der Arbeitsgerichte erkennen kann, ist sie „im Einzelfall oder für bestimmte Streitigkeiten“ zum Schiedsverfahren bereit.

Solche Beweglichkeit läßt die Beamten im Bonner Wirtschaftsministerium unbeeindruckt. Bei Gesprächen in Brüssel, wo über eine Neufassung des Kodex für EG-Unternehmen in Südafrika verhandelt wird, vertreten die Bangemann-Beamten die starre Position des BDI.

Ein Beamter aus Genschers Außenamt über die Kollegen im Wirtschaftsressort: „Die sind in solchen Sachen immer auf der Linie der Unternehmerv Verbände.“

FISCHFANG

Schnelles Ende

Umweltschützer fordern einen Boykott isländischer Fischereiprodukte – die deutsche Tengelmann-Gruppe macht mit.

Ein Mann namens Erivan Karl Haub kennt in Island kein Mensch. Und doch hat niemand in den vergangenen Wochen die Öffentlichkeit der Inselrepublik mehr erregt als eben dieser Erivan Karl Haub.

Dem Unternehmer aus Mülheim an der Ruhr gehört eine der größten Lebensmittel-Handelsketten der Welt, die Tengelmann-Gruppe. Haub ist dafür verantwortlich, daß sich die deutschen Tengelmann-Geschäfte dem Umweltschutz verschrieben haben. Er verbannte Schildkrötensuppen und Froschschenkel, phosphathaltige Waschmittel und Sprays mit dem Ozon-Killer Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoff aus den Regalen.

Jetzt sind isländische Fischereiprodukte dran. Vom 1. Januar nächsten Jahres an wird es in den rund 3300 Filialen der Handelskette weder Shrimps noch sonstiges Getier aus den Netzen isländischer Fischer geben.

Möglicherweise bleibt Tengelmann mit dieser Aktion nicht allein. Auch andere Handelsunternehmen denken darüber nach, ob sie isländische Produkte boykottieren oder ihre Einkäufe auf der Nordmeer-Insel einschränken sollen.

Die Aktionen verfolgen alle das gleiche Ziel: Die Isländer sollen die Jagd nach Wale einstellen.

Kommerzieller Walfang ist eigentlich längst verboten. Die Internationale Walfangkommission beschloß 1982 ein von 1986 bis 1990 befristetes Moratorium zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Meeres-Säuger.



Schwarze Mercedes-Benz-Arbeiter*
14. Forderungen an deutsche Manager

zug ausländischer Unternehmen, nicht nur deren Wohlfühlen.

Die Manager von Daimler-Benz, deren Südafrika-Statthalter schon vor dem Steinkühler-Besuch durch einen Streik unter Druck geraten waren, ließen sich durch die Verbandsobere in Köln nicht von ihrer Linie abbringen. „Dem Anliegen Ihrer Organisation“, schrieb inzwischen Personalvorstand Manfred Gentz dem IG-Metall-Vorsitzenden, werde „weitgehend Rechnung getragen“.

Die Mercedes-Benz of South Africa, versichert Gentz, werde sich „um eine faire Behandlung zum Beispiel verhafteter Mitarbeiter bemühen“. Streikposten

* Während eines Streiks im September 1987.

Es waren die Isländer, die als erste das Schlupfloch in dieser Vereinbarung entdeckten. Da kommerzieller Walfang untersagt war, betrieben die Fischer vom Polarkreis fortan wissenschaftlichen Walfang. Schon im ersten Jahr des Moratoriums töteten sie 120 Wale.

Seither ziehen Islands Walfänger regelmäßig aus, um wissenschaftliche Studien zu betreiben. Das Fleisch dieser Wissenschaftsopfer landet als Spezialität in Japan.

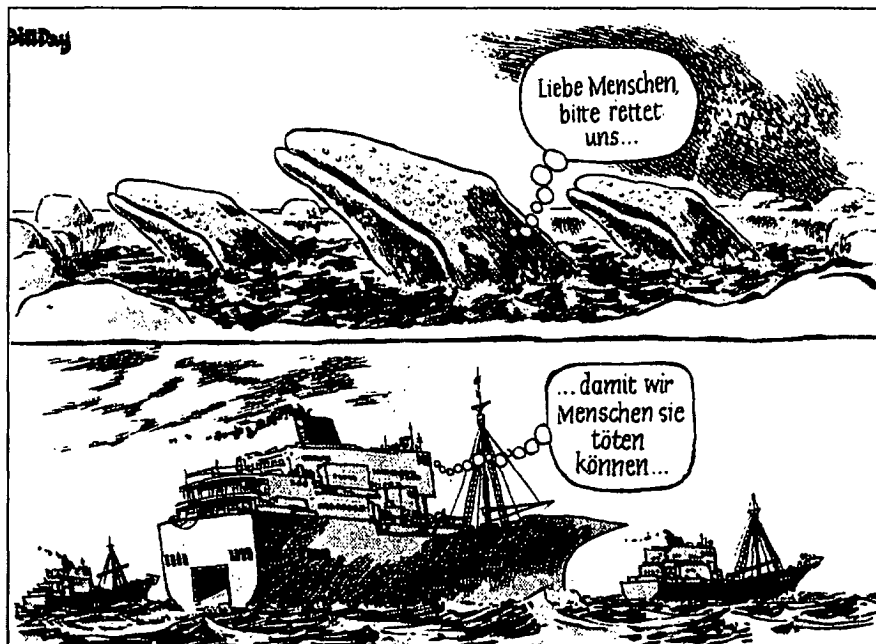
Umweltschützer sehen in Islands so plötzlich erwachtem Forscherdrang nur einen Vorwand, um die Meeres-Riesen weiter abschlachten zu können. Südkorea, Japan und Norwegen schickten fortan ihre Walfangschiffe gleichfalls im Namen der Wissenschaft auf Jagd.

Alle Proteste blieben bisher wirkungslos. Deshalb setzen die Umweltschützer jetzt auf wirtschaftlichen Druck. Seit Beginn dieses Jahres informiert Greenpeace gezielt Handelsunternehmen über die Verquickung der isländischen Fischereiwirtschaft mit dem Walfang.

Isländische Handelspartner und Regierungsmitglieder müssen sich nun unangenehme Fragen von deutschen Kaufleuten gefallen lassen. Kurt Querfeld, Chef der Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH in Bremerhaven, schickte ein Telex an den Ministerpräsidenten Steingrímur Hermannsson. Er fürchtete, schrieb Querfeld, daß sich isländische Waren in der Bundesrepublik bald nicht mehr absetzen ließen.

Die Unilever-Tochter Nordsee will ihren Teil dazu beitragen: Ihre Einkäufer sollen isländischen Rotbarsch nur dann ordern, wenn deutsche Hochseefischer den Bedarf nicht decken können.

Ähnlich vorsichtig taktiert Langnese-Iglo, ebenfalls eine Tochter des Lebens-



International Herald Tribune

mittel-Multis Unilever. Die Tiefkühlkostfirma will künftig das Herkunftsland auf der Packung angeben. Dann könne, argumentiert Iglo, der Verbraucher selbst entscheiden.

Zum Boykott konnte sich bisher nur Haubs Tengelmänn-Gruppe durchringen. Die Mülheimer Händler kündigten auf einen Schlag Verträge über Lieferungen im Wert von fünf Millionen Mark.

Solch eine Entscheidung schmerzt; sie könnte, sollte sie Nachahmer finden, sogar den Nerv der isländischen Wirtschaft treffen. Denn die Insel lebt vom Fisch. Die Meeres-Tiere sind, mit über 75 Prozent, der weitaus wichtigste Exportartikel. Unter den Kunden steht

die Bundesrepublik, nach den USA und Großbritannien, an dritter Stelle.

Boykott-Druck könnte bei den Isländern durchaus Wirkung zeigen, ihre Wirtschaft ist nicht gerade robust. Die Weltmarktpreise des Exportschlagers Fisch sind verfallen.

Doch vorerst bleibt alles beim alten. In einer Sondersitzung des Kabinetts konnte Fischereiminister Halldor Ásgrímsson seine harte Linie durchsetzen.

Die Isländer trösten sich mit der Hoffnung, die Tengelmänn-Kette werde mit ihrem Einkaufsstopp eine extreme Ausnahme bleiben. Doch diese Hoffnung dürfte trügen.

Selbst Aldi, bislang nicht gerade als Umweltschützer aufgefallen, hat wegen des Walfangs Kontakt mit der Regierung der Wikinger-Insel aufgenommen. Die Aldi-Märkte vertreiben isländische Herings- und Seelachsfilets sowie Krabben der Marke Almare.

Ende November will Greenpeace den Druck auf die Insel verstärken. Vor Supermärkten sollen die Verbraucher über isländische Produkte und den Walfang informiert werden.

Die Gelegenheit ist günstig. Zwei Wochen lang erregte die dramatische Rettung der beiden Grauwale „Crossbeak“ und „Bonnet“ aus dem Eis vor Alaska das Fernsehpublikum in aller Welt. So sinnlos die unverhältnismäßig teure Aktion auch gewesen sein mag: Sie hat Emotionen für die Riesen-Säuger geweckt.

Diese Gefühle könnten jetzt dem isländischen Walfang ein schnelles Ende bereiten. „Wenn wir noch zwei Handelsfirmen finden, die sich dem Boykott anschließen“, glaubt der Greenpeace-Wal-experte Peter Pueschel, „wird die isländische Regierung ihre Haltung ändern.“



Walschlachtstation in Island: Im Namen der Wissenschaft